

Schwarzwälder Tageszeitung

Mus den Lannen

Fernsprecher
N. 11

Antisblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Preis: Der Monat Juni 8 000 RM. mit Zustellungsgebühr. Ein einzelnes Exemplar 500 RM. Anzeigenpreis: Die erste halbe Seite aber deren Raum 1000 RM., die Restzeile 2500 RM. Mindestbetrag eines Auftrags 1000 RM. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt maßgebend.

Nr. 166.

Altensteig, Freitag den 10. Juli.

Jahrgang 1923

Der Ostfrieden von Lausanne.

Wenn nicht alles trägt, so wird der Friede im Orient nunmehr doch zur Tatsache werden. Allerdings, man kann nie wissen, denn die Lausanner Konferenzen haben gezeigt, daß man vor Ueberraschungen niemals, auch im allerletzten Augenblick, sicher ist. Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Lausanne wird der Porzellanvertrag von Sevres endgültig in einen Scherbenhaufen verwandelt. Die grundsätzliche Abänderung des Vertrages, der den Türken von den Alliierten 1920 in einem Wort von Paris aufoktroziert worden sollte, bedeutete die erste Bresche in die Reihe der sogenannten Pariser Wort-„Friedensverträge“. Die neuen Abmachungen von Lausanne stellen einen vollen Sieg der Angora-Türken dar.

Den Erfolg, die Türkei als Nationalstaat zu erhalten, hat die Regierung von Angora unter wechselnden Schwierigkeiten errungen. Die vorzüglichste Hilfe für sie war die Uneinigkeit und die Interessengegenstände der an den Verhandlungen beteiligten alliierten Hauptmächte: England, Frankreich und Italien. Zunächst verband sich die Türkei mit Sowjetrußland, ließ sich mit Waffen und Munition von dort versorgen; als aber diese Sendungen und die diplomatische Unterstützung Rußlands für die Türkei immer geringfügiger wurde, nagte die Türkei zunächst den Interessengegenstand zwischen England und Frankreich aus, sie schloß mit Frankreich im Jahre 1921 den bekannten Angoravertrag, der Frankreich zwar Verpflichtungen auf wirtschaftliche Bevorzugung im nahen Orient brachte, für die Türkei aber die Abtretung Ciliziens und die Lieferung von Munition und Waffen für den türkisch-griechischen Krieg als Gegenleistung seitens Frankreichs einbrachte. Diesen Vertrag hat die Große Nationalversammlung von Angora niemals ratifiziert, und als die Türkei die Hilfe der Franzosen nicht mehr nötig hatte, warf sie ihr politisches Steuer herum und verwarf eine Einigung mit England. Der jetzt vorliegende Vertrag ist daher im wesentlichen als ein Erfolg der türkischen und der englischen Politik anzusehen.

In der wichtigsten Frage, die die Durchfahrt durch die Meerengen betrifft, hat England als stärkste Mittelmeermacht den Erfolg auf seiner Seite. Gleichzeitig auch bedeutet die Regelung dieser Frage einen Vorteil für Italien, das an der ungehinderten Durchfahrt durch die Dardanellen lebhaft interessiert ist wegen seines ausgedehnten Handels mit den Anliegerstaaten des Schwarzen Meeres. Allerdings hat Italien sich dafür bereit finden müssen, der Aufhebung der Kapitulationen zuzustimmen, durch die es, als stärkste ausländische Kolonie im türkischen Vorderasien am härtesten getroffen wird. Die Klärung der Dardanellen hat innerhalb 6 Wochen nach der Ratifizierung des Vertrages durch die türkische Nationalversammlung zu erfolgen, gleichgültig, ob die übrigen Unterzeichner des Vertrages das Übereinkommen ratifiziert haben oder nicht. Die alliierten Regierungen dürfen längstens bis zum 31. Dezember 1923 noch einige kleine Schiffseinheiten zurücklassen, wenn aber die Ratifizierung des Vertrages durch die Alliierten bis dahin gleichfalls noch nicht erfolgt ist, so sind auch diese Streitkräfte aus den türkischen Gewässern zurückzuziehen. Auch hier geht das politische Interesse Englands mit dem der Türkei parallel, und den Nachteil dieser Bestimmung hat ausschließlich Frankreich.

Frankreich nämlich ist als stärkster Gläubiger der Türkei am meisten an der Regelung der Couponfrage interessiert. Im Gegensatz zu den Wünschen Frankreichs ist aber im Vertrag festgelegt, daß die Auszahlung dieser Coupons in Papierfranken und nicht in Gold geschieht. Ratifiziert die französische Kammer den Lausanner Vertrag nicht innerhalb der festgelegten Frist, so steht sie der Türkei als Verhandlungsgegner allein gegenüber, während Frankreich andernfalls immer noch versuchen kann, sich über die Couponfrage mit der Türkei gütlich zu einigen.

England hat seine Position im Orient aber noch in anderer Weise gestärkt. Die günstige Regelung der Frage der Dardanellendurchfahrt wurde schon erwähnt, sieichert dem flottenstarken England die Vorkherrschaft im östlichen Teile des Mittelmeeres und im Schwarzen Meer. Außerdem ist eine mit England im Frieden lebende Türkei eine bessere Gewähr gegen bolschewistische Propaganda in Englisch-Mittelasien und Englisch-Indien. In der Petroleumfrage hat England kugelförmig Amerika gegenüber nachgegeben. Uebersieht man so die gesamte

Lage, wie sie sich nach Fertigstellung des Lausanner Vertrages darstellt, so kann man sagen, daß England — außer der Türkei natürlich — einen vollen Erfolg im Orient errungen hat, einen Erfolg, der sich in den ungünstigen Berichten der französischen Presse über Lausanne widerspiegelt und der es England zum guten Teil möglich gemacht hat, in die europäischen Angelegenheiten mit festerer Hand einzugreifen als bisher. Die radikale Aenderung der englischen Politik der Türkei gegenüber von der Abtötung einer Verfechtung der Türkei zu einem friedlichen Einvernehmen mit ihr hat den Engländern gewaltige Vorteile gebracht.

Frankreich ist dadurch auch im Orient isoliert; denn Italien muß sich an der Seite der stärksten Mittelmeer-macht halten und Frankreich stets als seinen Konkurrenten betrachten. Dadurch, daß Frankreich die jugoslawischen Rüstungen durch Gewährung von Krediten immer stärker werden läßt und neuerdings sogar ein Gesetz ergehen läßt, das die zahlreichen Italiener in Tunis (Italien braucht bei seiner Ueberbevölkerung die Auswanderung nach Nordafrika unbedingt) zu Franzosen macht, treibe es Italien immer mehr in die Arme Englands.

Die Rückwirkung dieser Lage in Vorderasien ist bereits auf die europäische Politik nicht ohne Einfluß geblieben. Italien befindet sich bei der Austragung der Streitigkeiten über das europäische Zentralproblem, die reparationsfrage, an der Seite Englands. Gelingt der englischen Diplomatie die Herüberziehung Belgiens in das englische Lager, so ist die Isolierung Frankreichs vollkommen. Darüber wird die nächste Zeit entscheiden.

Goldzahlungsverkehr.

Der wirtschafts- und finanzpolitische Ausschuss des Reichstags haben der Reichsregierung gemeinsam eine Entschliessung vorgelegt, in der sie zum Währungsproblem Stellung nehmen. In diesem Beschlusse fordern die Ausschüsse u. a. auch den Goldzahlungsverkehr in der Privatwirtschaft.

Diese Forderung, soweit für sie zu sprechen scheint, ist mit Rücksicht auf unsere Währung und unsere Staatsfinanzen abzulehnen. Die Einrichtung von Goldkonten bei den Banken und Sparkassen zieht notwendigerweise die Einführung des Goldüberweisungsverkehrs nach sich. Es würden also künftighin Zahlungen, die bisher in Papiermarktbeträgen geleistet worden sind, in einer fiktiven Goldwährung getätigt werden. Es dürfte einleuchten, daß dadurch die einzige Funktion, die der Papiermark bisher erhalten geblieben ist, Zahlungsmittel zu sein, weiter eingeschränkt wird. Andererseits aber ist der Staat leider Gottes immer noch darauf angewiesen, mit Hilfe der Notenpresse den weitaus größten Teil seiner Ausgaben zu befriedigen. Die Einführung einer Parallelwährung zur Papierwährung müßte mit Notwendigkeit die Entwertung der Mark in beschleunigtem Tempo fortsetzen; denn soweit wie möglich wird sich dann jedermann von der Papiermark lösen. Vor allen Dingen aber hätte die Umstellung auf Goldbasis nicht zu beginnen in der Privatwirtschaft, sondern in der Staatswirtschaft.

Aber man scheint überhaupt die Verbundenheit zwischen der deutschen Staats- und Volkswirtschaft und der Papiermarkwährung zu unterschätzen. Die Ausgabe einer Währung inmitten stark schwankender wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse ist ein Experiment, das nicht gelingen kann. Der Übergang zu einer Devaluation oder gar neuen Währung verspricht erst dann einen Erfolg, wenn die Voraussetzungen für eine großzügige Sanierungstätigkeit gegeben sind. Diese jedoch fehlen heute mehr als je. Damit ist nicht gesagt, daß der Staat im Augenblick nun gar nichts zu tun hätte, und daß man der Entwertung der Mark auf anderem Wege nicht steuern und die Reichsfinanzen nicht auffrischen könnte. Im Gegenteil, es bieten sich Handhaben genug, die das oben erwähnte Gutachten an anderen Stellen auch erwähnt. Hierunter fällt besonders eine den Verhältnissen sich anpassende Steuerpolitik, eine Kreditpolitik seitens der Reichsbank, die viel elastischer zu gestalten wäre.

Vor allem aber wäre unverzüglich eine Reichsgoldanleihe anzulegen, die mit Papiermark einzuzahlen wäre. Durch Ausgabe von Unteranteilen zu den Anteilkonten könnte gleichzeitig der breiten Masse der Bevölkerung durch die Sparkassen eine wertbeständige Anlagemöglichkeit geboten werden, und die Finanzierung des Rubelkaufes müßte nicht ausschließlich durch die Noten-

preise besorgt werden, deren verhärtete Rotationsgeschwindigkeit die Mark trotz Stützungsaktion immer weiter entwertet. Diese wertbeständige Spargmöglichkeit, die zu schärfen eine unumgängliche Notwendigkeit ist, ist aber eine von dem Goldzahlungsverkehr durchaus zu trennende Angelegenheit. Die Einführung des Goldverkehrs würde der Währungsreform nur Schwierigkeiten bereiten, denn bei dem einmal kommenden Sanierungswert werden wir wohl oder übel doch von der Papiermark ausgehen müssen. Desinteressiert man aber durch den Goldzahlungsverkehr schon heute weite Kreise der Bevölkerung an der künftigen Währungsreform, dann darf man sich später nicht wundern, wenn die Reform die erbittertesten Gegner unter den Propagandisten und Praktikern des Goldverkehrs findet.

Neues vom Tage.

Gegen Devisenzurückhaltung.

Berlin, 10. Juli. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung hat an alle Außenhandelsstellen ein Schreiben gerichtet, dem wir folgendes entnehmen: Zweifellos liefert eine große Zahl von Firmen weniger Devisen an die Reichsbank ab, als sie abzuliefern imstande wäre, sei es, daß die festgesetzten Ablieferungsprozentsätze bei einzelnen Gewerbetreibenden oder Betrieben in Einzelfällen zu niedrig angesetzt sind, sei es, daß die Ausführenden Devisen nicht nur aus Ausführerfirmen, sondern auch aus Verkäufen an Aushändler oder im Einlage oder im Widerspruch mit der Devisenverordnung aus Verkäufen an inländische Abnehmer erzielen. Die Reichsbankvollmachten der Außenhandelsstellen werden daher ersucht, die Devisenablieferungsprozentsätze, wo es irgend tragbar ist, angemessen zu erhöhen und auf Abgabe aller nicht benötigten Devisenbestände, gegebenenfalls gegen Dollarschahamweisungen, in geeigneter und nachdrücklicher Weise hinzuwirken.

Ein unerhörter Vorwurf gegen die Essener Polizei.

Essen, 10. Juli. Der Düsseldorfener Vertreter des „Daily Telegraph“, der allerdings kaum mehr ist als das Sprachrohr der französischen Propaganda, sendet die ungläubliche, das deutsche Ansehen schwer schädigende Meldung, die Essener Polizei habe fünf Deutsche festgenommen, die beim Durchschneiden französischer Fernsprecheinrichtungen abgefaßt worden seien und sie den französischen Fernsprechnetzen ausgeliefert. Die Franzosen erblicken in dieser Tätigkeit der deutschen Polizei die beste Rechtfertigung ihrer Terrorakte.

Massenausweisungen in Trier.

Trier, 10. Juli. Von 6 Uhr an wurden in den südlich der Kaiserstraße liegenden Straßen etwa 30 Eisenbahner mit Frauen und Kindern aus ihren Wohnungen vertrieben und ausgewiesen. Die Ausweisung erfolgte unter den bekannten alten Begleiterscheinungen. Die Straßen waren durch Spahis abgesperrt.

Belgien als Vermittler?

Brüssel, 10. Juli. Seit zwei Tagen wird in der belgischen Presse ein vielbesagender Umschwung festgestellt. „La Libre Belgique“ und „Nation Belge“ gehen jetzt wieder darin zusammen, daß Belgien es auf keinen Fall auf einen Bruch mit England ankommen lassen dürfte. „La Libre Belgique“ fordert das Brüsseler Kabinett auf, keine Vermählungen zu scheuen, um einen Ausgleich zu erzielen. Die „Nation Belge“ erklärt in klarer Weise, es ist voranzusehen, daß Baldwin sich energisch ins Zeug legen und Poincaré mit sich reden lassen wird. Die Aufgabe von Theunis und Jaspar ist es daher, den Ausgleich zu besorgen.

Vor der Ausrufung der „Rheinischen Republik“?

Paris, 10. Juli. Die „Humanité“ veröffentlicht folgende Depesche aus Berlin: Frankreich trifft im besetzten Gebiete große Vorbereitungen für die Ausrufung der rheinischen Republik. Zu diesem Zweck haben die französischen Behörden die Schließung des besetzten Gebiets bis zum 28. Juli verlängert. Der Staatsstreik sollte bereits am 14. Juli vor sich gehen. An diesem Tage sei er aber nicht durchführbar gewesen wegen der Enthaltungen der Presse und wegen verschiedener Meinungsverschiedenheiten, zu denen es innerhalb der Partei der rheinischen Republikaner gekommen sei.

Die Judenfrage.

Paris, 10. Juli. Die Wiederherstellungskommission hat die Vertreter der deutschen Regierung angehört. Es handelt sich um die Frage, ob es zulässig ist, von Deutschland Auserlieferungen auf Grund des

§ 19 des Versailler Vertrages zu fordern. Der Standpunkt der deutschen Regierung, daß auf Grund des angeführten Artikels des Versailler Vertrages keine Forderung angefordert werden kann, ist von Staatssekretär Dr. Fischer und Legationsrat Dr. Frohwein eingehend juristisch dargelegt worden. Die Wiederherstellungskommission wird eine Entscheidung später treffen.

Der Besuch Chamberlains bei Lord Curzon.

Paris, 19. Juli. Der deutsche Botschafter in London, Dr. Chamberlain, hat heute bei Lord Curzon einen Besuch ab. Die Londoner Korrespondenten versichern, daß bei dieser Gelegenheit hauptsächlich die Frage des passiven Widerstandes zur Sprache kam und Lord Curzon sich nach den Bedingungen erkundigte, unter denen das Deutsche Reich ihn einzustellen bereit sei.

Vorbereitungen des Londoner Kabinetts.

London, 19. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Morning Post“ schreibt: Lord Curzon hat sich zu dem Premierminister begeben und eine längere Unterredung mit ihm über den Antwortentwurf geführt. Das Schriftstück wurde später jedem der Kabinettsmitglieder mitgeteilt. Man hege die Hoffnung, den englischen Begleitbrief sowie das Antwortprojekt spätestens am Freitag durch die Vermittlung der englischen Botschafter in den verschiedenen Hauptstädten den Ministern übermitteln zu können. Es bestätigte sich, daß diese Schriftstücke geheim gehalten werden sollen, solange die Verbündeten sich mit ihrer Prüfung befassen. Der völlige Wortlaut des Antwortentwurfs werde dem Publikum erst am dem Tage bekanntgegeben, wo die Berliner Regierung ihre Antwort nach London gesandt haben wird. Eine Zusammenarbeit der deutschen Sachverständigen sowie der Berliner Regierung mit den Verbündeten sei eine unerlässliche Voraussetzung, um die zur Zahlung der Reparationen erforderlichen Einnahmequellen ermitteln zu können. Diese Mitarbeit Deutschlands werde als durchaus notwendig angesehen.

Bestätigung der englischen Antwort.

London, 19. Juli. Wie die Reuters-Agentur mitteilt, hat die englische Regierung die Reaktion der britischen Antwort auf das letzte deutsche Angebot beendigt. Nachdem sich das Kabinett am heutigen Donnerstag mit der Antwort befaßt hat, soll der Entwurf sofort mit dem Begleitbrief an die alliierten Regierungen und die Vereinigten Staaten gesandt werden.

Gegen die Bürgerkriegsgerüchte.

Berlin, 19. Juli. Halbamtlich wird erklärt, in letzter Zeit sind in der Presse verschiedene Artikel erschienen, die mit einer gewissen Kaltblütigkeit die Möglichkeit eines Bürgerkrieges erörtern. Nach Auffassung der Reichsregierung haben solche Presseäußerungen in den Tatsachen keine Grundlagen, denn die überwältigende Mehrheit unseres Volkes lehnt es offenkundig ab, sich von irgendeiner Seite in die verheerliche Torheit blutiger innerpolitischer Kämpfe hineinziehen zu lassen. Sie weiß, daß die Schwierigkeiten mit denen unser Volk unter anderem Druck zu kämpfen hat, es jetzt weniger als je gehalten, die Kräfte im Innern durch Auseinandersetzungen zu verzerren. Die weitesten Kreise der Öffentlichkeit ohne Unterschied der politischen Parteistellung sind sich darüber klar, daß, wer jetzt die Not des Vaterlandes benutzen wollte, um eigenmächtige Parteizwecke durchzusetzen, oder die gesellschaftliche Ordnung durch Mittel der Gewalt zu zerstören, nur die Zwecke der französischen Machthaber fördern und ein Verräter am deutschen Volk sein würde. Sollte es dennoch von irgendwelcher Seite gegen den offenkundigen Willen der Volksmehrheit zu einem Versuch gewaltsamer Auseinandersetzung kommen, so würde die Reichsregierung alle Maßnahmen rücksichtslos einleiten, um einen solchen Anschlag gegen Bestand und Verfassung des Reiches niederzuwerfen. Die notwendigen Maßnahmen hierzu stehen der Reichsregierung zur Verfügung.

Erkenntnis.

Bei alten Freunden berühren sich die Seelen, bei neuen nur die Hände und bei Bekannten nur die Handschuhe.

Was mein einst war.

Roman von Fr. Schue.

(51) (Nachdruck verboten.)

Der Baron saß an ihrem Bette und streichelte zärtlich ihr Gesicht, das ihm heute so eigen erschien, unruhig irren ihre Augen umher, und merklich gequält war der Ausdruck ihrer schönen, gleichmäßigen Züge.

Es mußte etwas vorgefallen sein, das sie tief erregt hatte. Aber was nur? — Es war doch kaum eine Stunde her, daß sie sich frohlich von ihm getrennt — und den Verlobten hatte sie auch noch nicht gebrochen, daß da irgend eine Meinungsverschiedenheit die Ursache gewesen sein könnte!

Der liebevoll forschende Blick des Vaters hörte sie — sie wandte den Kopf zur Seite. „Bitte, Papa, ich möchte jetzt ein wenig schlafen!“ sagte sie, wie erschöpft sie Augen schließend.

Als Erdmüte allein war, schlüpfte sie schnell aus dem Bett, warf ihren Kimono wider über und ging nebenan in ihr Ankleidezimmer. Sie setzte sich vor den zierlichen Schreibisch, nach kurzem Besinnen glitt die Feder eilig über das Papier. Kaum, daß sie das Geschriebene nochmals überlas! Sie hatte keine Ruhe, ehe nicht der Brief geschrieben.

„So!“ sagte sie mit tiefem Atemzug, als sie den Ha-Lack auf den Briefumschlag träufelte und das Päckchen in die weiße Wäsche drückte. „Ich kann nicht anders!“

Sie legte die Hände vor die Augen. Schwer war noch — —! Aber, wenn es noch so viel Aussehen und man sich noch so sehr den Kopf zerbrechen würde, wie konnte nicht — —?

Richtlinien für werbefähige Völkner.

Berlin, 19. Juli. Die Besprechungen, die im Reichsfinanzministerium über die Frage, wie die Erhaltung des Lohnwertes unter Vermeidung einer automatischen Regelung erreicht werden kann, und mit dem von den Spitzengewerkschaften gebildeten Ausschuss für Nationalökonomie abgeschlossen worden, sind abgeschlossen worden. Die festgelegten Richtlinien haben folgenden Wortlaut: 1. Der Ausschuss soll den Lohn der Arbeiter wöchentlich zur Erhaltung ihres Wertes dem veränderten Geldwert anpassen. Bei geringer Veränderung des Geldwertes soll der letzten Regelung vor einer sofortigen Anpassung abgesehen werden. 2. Ueber die Erhöhung des Reallohnes zu verhandeln, ist nicht Aufgabe des Ausschusses, sondern der Vertragsparteien selbst. Für die Zeiträume, für die eine Anpassung bereits erfolgt ist, findet keine rückwirkende Veränderung des Reallohnes statt. 3. Die Anpassung erstreckt sich gleichmäßig auf den Verdingungslohn und den Soziallohn. 4. Dieses Abkommen kann unter Wahrung einer Frist von 14 Tagen zum 15. oder letzten jeden Monats gekündigt werden. Wird der Reallohn neu vereinbart, so kann jeder Teil das Abkommen freistillschließen. — Nach Erklärungen der Regierung ist beabsichtigt, die Bezüge der Beamten und Angestellten halbmonatlich nach den entsprechenden Grundsätzen zu regeln.

Württembergischer Landtag.

Die politische Aussprache.

Stuttgart, 19. Juli.

Der Landtag hat am Donnerstag nach Beantwortung dreier kleiner Anfragen das Gemeindesteuergesetz und die Landessteuerordnung in dritter Lesung verabschiedet gegen die Stimmen der Rechten und Kommunisten, wobei im allgemeinen die Beschlüsse 2. Lesung aufrecht erhalten wurden. Bei der Verteilung der Steuern zwischen Staat und Gemeinden wurde die Regierungsvorlage wieder hergestellt (75: 25), womit der Vorwurf „Schuldenbude“ korrigiert ist.

Dann begann die politische Aussprache im Zusammenhang mit dem großen Nachtrag zum Etat für 1923 mit einer Rede des

Staatspräsidenten Dr. Hieber:

In weiten Volkstreffen würde man es nicht verstehen, wenn bei der tiefsten Lage, in der sich der Reichstag größte Beschränkung in allgemein politischen Auseinandersetzungen auferlegt, der württ. Landtag allseitig sich in politische Auseinandersetzungen einließ. Es gilt sich innerlich zusammenzuschließen, die Volksgemeinschaft über alles andere zu stellen und fest die Zähne zusammenzubeißen und die Reichsregierung in einer aktiven Außenpolitik zu stützen. Dr. Hieber gedachte dann der Brüder an Rhein und Ruhr. Niemals dürften wir auf das mächtigste Abwehrmittel, den passiven Widerstand, verzichten. Der aktive Widerstand sei nicht nur politisch unvernünftig, sondern durchkreuze und schädige die Stellung der Reichsregierung und die Hoffnung der Ruhrbevölkerung. Nach Dankworten an den Papst für seinen Friedensschritt betonte Dr. Hieber, daß der Kampf um deutsche Freiheit, Ehre und Zukunft geht, und daß, wenn wir unterliegen, der Krieg zum zweitenmal für uns verloren ist. Die württ. Regierung stehe hinter der Reichsregierung mit dem aufrichtigen Wunsch, daß das Ziel ewigen Friedens erreicht werde. Die Schuldfrage bleibe nach wie vor eine Hauptaufgabe der deutschen Politik. Wenn es gelinge, weitere Kreise in England und Amerika davon zu überzeugen, daß die Schuldfrage des Friedensvertrages unberechtigt ist, so wäre dies für die deutsche Politik ein großer Gewinn.

Dann gedachte der Staatspräsident mit ehrenden Worten des Ministers Graf, des Ministerpräsidenten und bedauerte den Austritt der Sozialdemokratie aus der württ. Regierung. Er habe sich eifrig bemüht, einen Weg zu finden, der die Aufrechterhaltung der bisherigen Koalitionsregierung möglich machen würde. Vergebens. Eine Politik der mittleren Linie, die fest auf dem Boden der Reichs- und Landesverfassung steht und an der alle auf Ausgleichung der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze gerichteten Bestrebungen einen starken, zuverlässigen Anhalt finden, sei der Mittelpunkt seiner politischen Ziele. Deshalb habe er keinen genügenden Grund dafür gesehen, die Umbildung der württ. Regierung in weiterem Umfang vorzunehmen. Die engeren Verhältnisse unseres Landes, in denen große politische Fragen nicht überall eine übertragende Rolle spielen, fordern eine stetige, ruhige, planvolle, kurz eine geordnete Staatsverwaltung in der Hauptsache, die Folgerungen aus dem parlamentarischen System nicht überstreifen.

Die Verordnung des Staatsministeriums über Maßnahmen zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wendet sich in gleicher Weise nach rechts und links, gegen jede Unterdrückung und Ermunterung politischer oder wirtschaftlicher Bestrebungen durch Terror, durch Gewalt, durch militärische und halb-militärische Formationen. Neben der Staatsmacht darf es keine militärisch organisierte Macht geben. Die Pflicht jeder Regierung wird sein, unerschütterlich unter Ausnutzung aller verfassungsmäßigen Mittel solche Bestrebungen zu unterdrücken. Es ist ein Verbrechen, wenn sich politische Parteien die militärische Reigung der deutschen Jugend zu Nutzen machen.

Dann kam der Staatspräsident als Kultminister auf die Stellung der Kirchen zum Nachtragetat zu sprechen. In erster Linie leide der Staat not und er müsse im Landtag gestützt und erhalten werden. In keinem andern deutschen Lande gingen die Leistungen des Staats gegenüber den Kirchen so weit wie in Württemberg. Auch hier hätten sich die Kirchen so großer Freiheit wie gegenwärtig erfreut, obwohl der Staat die Ausgaben der Kirchen auf seine Schultern nimmt. (Abg. Müller: Kirchenfreier!)

Der Staatspräsident kam sodann auf die wirtschaftliche Not zu sprechen und schloß: Ich möchte dringend wünschen, daß mehr sittliches, staatsliches, volkstümliches Verantwortungsgelühl in unserer Volkswirtschaft zur Herrschaft gelange. Leider können wir ja das Ende der Zeit mit allen unseren Arbeiten im Landtag kaum lindern und nicht an der Wurzel fassen. Die Wurzel liegt in dem, was an Ruhr und Rhein geschieht. Deshalb lassen Sie mich erwidern, wie ich begonnen habe: Schließen Sie uns alle zusammen in dem Gelübnis, zusammenzutreten mit Ruhr und Rhein und die verhältnismäßig kleineren Leiden, die uns im Mittel- und Süddeutschen der schweren wirtschaftlichen Not auferlegt sind, willig zu tragen in der Hoffnung und Zuversicht auf die Stunde der Befreiung. (Beifall.)

Abg. Ulrich (Soz.) übte eingehend Kritik an der Regierung. Die Sozialdemokratie werde sich danach richten, wie sich das neue Kabinett verhalte, dieses aber unterstützen, wenn es eine soziale und demokratische Politik mache.

Minister Holz erwiderte auf die Angriffe Ulrichs. Der Aufruhr habe eine nationale Hochflut im Volk und bei der Jugend gebracht, die man nicht durchweg als nationalsozialistisch bezeichnen dürfe. Das Versammlungsverbot für Nationalsozialisten werde aufgehoben, da die jetzigen Voraussetzungen wegfallen. — Freitag Fortsetzung.

Und ganz heimlich war die große Freude in ihr: sie wurde wieder frei — das Band, das sie voreilig, wie auf der Flucht vor sich selbst, geknüpft, durfte sie mit gutem Gewissen wieder lösen!

Dann streckte sie sich auf dem Divan aus. Sie betrachtete lange ihren Verlobungsring, ehe sie ihn vom Finger zog.

Heute hatte sie diesen drückenden Reif zum letzten Male getragen!

Wie lässlich war es doch, dieses Gefühl des Frei-seins!

Ganz still war es — nicht ein Laut hörte sie in ihrer Ruhe.

Aber war sie denn wirklich frei?

War sie nicht an einen gebunden, nach dem ihre Sehnsucht schrie und der ihr doch so unerreichbar war?

Karl Günther, vor dem ihre ganze Herbeizit, ihr ganzer Stolz in nichts versank! — Und schattenhaft tauchte es in ihr auf: in der neuen Zeit jetzt geschah so viel Wunderbares, Seltsames, Außergewöhnliches, daß wohl auch das Seltsame, Außergewöhnliche als ganz selbstverständlich und natürlich betrachtet werden würde, wenn — —

Ja, wenn — —

„Doch nein, soweit konnte sich die stolze Erdmüte von Eggersdorf nicht verweisen; die war mit ihren Anschauungen und ihrer Gesinnung so fest mit der alten Zeit verflochten, daß es ihr unmöglich gewesen wäre, den neuen irgendwelche Zugeständnisse zu machen, was ihre Person betraf!“

Und wenn sie dadurch einsam und freudlos ihr ganzes Leben lang bleiben mußte.

14.

Am Abend sagte es Erdmüte dem Vater, daß sie Dito v. Jellens Frau nicht werden könne.

Als ob sie nicht bei Sinnen, so erschrocken sah den Baron die Tochter an.

Gelassen nickte sie ihm zu: „Ja, Baron!“

Der sonst so ruhige Mann hatte ganz die Fassung verloren.

„Barum, Erdmüte? Hatte es dich gekränkt, daß er heute morgen nicht päntlich war? Es hat ihm selbst sehr leid getan — doch eine dringende Abhaltung —“

Erdmüte machte eine ungeduldige Bewegung. „Ich bin doch nicht in dich, Papa — aus einem solchen Grunde — —! Ich bitte dich, nein! — — Alles steht in dem Briefe da — — lasse es dir von ihm selbst sagen —“ Sie gab dem Vater den Brief, den sie am Mittag geschrieben.

„Nein, Erdmüte! Du mußt mir den Grund sagen! So kurz vor der Hochzeit —! Zum Gespött will ich nicht werden —“

„Ich würde zum Gespött, Papa, würde ich jetzt noch Dito Jellens Frau —“ entgegnete sie betont.

„Du redest in Rätseln, Kind! Was ist vorgefallen? Ich muß es wissen! Ist dir etwas Nachteiliges zu Ohren gekommen?“ Der Baron war sehr aufgeregt.

„Zu Ohren nicht, Papa —“ bemerkte sie ruhig.

„Dann ist es Laune —! Und Launen gebe ich nicht nach, Erdmüte, wenn du meine Güte so stark auf die Probe stellst!“

„Laune, Papa —?“

Sie lächelte unbestimmt. Dann überlegte sie. „Ich sehe es ein, daß ich es dir doch sagen muß! Nun denn: ich bin gewöhnt, nicht zu teilen! Am allerwenigsten aber mit einem Dienstmädchen —“ Auf den erstaunt fragenden Blick des Vaters berichtete sie, was sie beobachtet.

Der Baron war empört. Aufgeregt ging er umher. Er schüttelte wie nicht begreifend den Kopf.

„Unerschöpflich —! Ich werde ihm darüber meine Ansicht sagen! Aber wegen dieser allerdingens grenzenlosen Taktlosigkeit und Entgleisung deine Verlobung mit ihm zu lösen — hast du es dir wirklich überlegt? Es ist ein schwerwiegender Schritt — sprich dich mit ihm aus —“

(Fortsetzung folgt.)

Uns Stadt und Land.

Abendblatt 20. Juli 1922

P. B. Gemeinderatsitzung vom 18. Juli. Anwesend: In Vertretung von 12 Gemeinderäten. Am 13. Juli fand ein Stammbolz-Submissionsverkauf mit einem Aufschlag von 300 Proz. statt, bei welchem ein Durchschnittserlös von 2595 Proz. der Festpreise erzielt wurde; der Verkauf findet Genehmigung. Forstmeister Müller befragt über die Brennholzversorgung für das Jahr 1924. Nachdem die Durchforschungen größtenteils durchgeführt sind und der Anfall von Brennholz sich wesentlich vermindert hat, ist die Zuteilung von Brennholz an die Gemeindeglieder im bisherigen Umfang nicht mehr möglich, inwieweit die Ausgabe von 2 Hm. Brennholz an die Haushaltungen im Versorgungsjahr 1924 noch vorgesehen. Die Stadtverwaltung wird sich bemühen für den Ausfall an Brennholz möglichst Ersatz zu beschaffen. Ein Wegbauaktord wird genehmigt, ferner soll wegen dem Bau eines neuen Holzabfuhrwegs im Stadtwald Priemen demnächst ein Waldbeschützung durch den Gemeinderat stattfinden. Die Gebühren des Totengräbers und der 100-jährigen Begräbnisgebühren sind eine wesentliche Erhöhung, diese werden die Gebühren für Verhütung der städtischen Grabstättenmaasse neu geregelt. Die Frage der Einführung vierteljährlicher Vorauszahlung der Gebühren der städt. Angehörigen und Beamten, wie solche bereits beim Staat und Körperschaft eingeführt ist, wird dahin ergeht, daß die Voraussetzung auf Antrag gemacht werden soll. Die hiesigen Metzgermeister beantragen, die Zuweisung der Wohnung im städt. Schlachthaus an den stellvertretenden Schlachthausvorarbeiter und Fleischbeschauer. Diesen Wunsch kann vom Gemeinderat nicht entsprochen werden, da die Wohnung für den städt. Tierarzt zu geben ist. Von einem abgemachten Mißbrauch auf 3200 M. pro Jahr ob Sammelstelle mit Wohnung vom 16. Juli ab, wird Kenntnis genommen. Der Vorsitzende berichtet sich über verschiedene Wohnungssachen, insbesondere über die Verlegung der Wohnungen in den neuerstellten und sich zu erstellenden städt. Gebäuden.

Die Eröffnung der landwirtschaftlichen Winterschulen. Staatliche landwirtschaftl. Winterschulen des Landes werden in diesem Jahr am 5. November eröffnet. Die Anmeldung zur Aufnahme hat bis spätestens 15. September zu geschehen.

Die Teuerung. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für den 16. Juli auf 28892 (1913/14 gleich 1). Die Erhebungen fanden in dieser Woche erstmals am Montag statt. Die Steigerung gegen den Mittwoch der Vorwoche (21511) beträgt somit 34,3 vom Hundert.

Kuhrippe der Reichswehr. Von den Transportstellen im Wehrkreis V sind bis jetzt insgesamt über 28 Millionen Mark gesammelt worden. Dieses erfreuliche Ergebnis verdient alle Anerkennung und ist ein schöner Beweis für das lebhafteste Mitgefühl der Angehörigen der Reichswehr mit den deutschen Brüdern im Ruhrgebiet. Die Sammlungen werden fortgesetzt.

Freudenstadt, 19. Juli. (Die Abhaltung der staatl. Bezirksrindviehschau verschoben.) Infolge Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche kann die auf Mittwoch, den 26. ds. Mts. anberaumte staatl. Bezirksrindviehschau vorläufig nicht abgehalten werden.

Freudenstadt, 19. Juli. (Vom Rathaus.) In der letzten Sitzung des Gemeinderats wurde der Kauf der zweiten Hälfte des Bärenschildchens (Wohngebäude), Kaufpreis 15 Millionen, beschlossen. Für sofortigen gründlichen Renovierung desselben wurden 30—35 Mill. Mark in den Etat eingestellt. — Genehmigt wurde ferner der Kauf des Schuppens der Amtskörperschaft am Stadtbahnhof, der als Wehlagar dienete, um den Preis von 24,1 Millionen Mark. Beschlossen wurde der Bau eines neuen städt. Forstamtsgebäudes und der Erwerb von 200 Hm. hierfür reserviert. Die Gründe für den Neubau liegen darin, daß das alte Waldinspektionsgebäude an sehr verkehrreicher Straße liegt und ein ungesundes Arbeiten und Wohnen dort unmöglich ist. Das Waldinspektionsgebäude soll nach Erstellung des Neubaus verkauft werden. — Zur Bewohnung von Industrie und ihre An siedlung auf dem der Stadt gehörigen Reßler'schen Feld beim Stadtbahnhof sollen Schritte unternommen werden. — Dem Gesuch des Stadtplatzers August Zeeb um Verlegung in den Ruhestand wurde, unter Hervorhebung seiner Verdienste in 43-jähriger, ununterbrochener Dienstzeit bei der Stadt (er hatte auch seine Lehrgänge auf den hiesigen Ratshaus und unter Verleihung einer Ehrenurkunde, erproben. — Als Nachfolger von Stadtplatzer Zeeb wurde in geheimer Wahl Stenografenschreiber Köppler einstimmig mit allen 20 abgegebenen Stimmen, und als Stenografenschreiber der jähige Stadt- und Schultheißenamtssekretär Baur mit 16 Stimmen gewählt. Die Stelle des Stadtschultheißenamtssekretärs wird zur Bezeichnung ausgeschrieben.

Stuttgart, 19. Juli. (Wärtl. Schwarzwalddistrictsverein.) Der Bezirksverein Stuttgart setzte in seiner außerordentlichen Mitgliederversammlung den einstimmigen Beschluß auf dem niedrigen Unterhaltungsgegenstand für Wanderer und Schneeschuhläufer zu schaffen und sobald als möglich mit dem Bau zu beginnen. Der nach 21-jähriger regenreicher Tätigkeit von seinem Posten zurückgetretene Vorsitzende, Prof. Dr. Endrich wurde in Anerkennung seiner Verdienste von dem Bezirksverein einstimmig zum Ehrenvorsitzenden ernannt, dem eben so lange tätigen Buchhändler Winler, die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Zum neuen Vorsitzenden wurde durch Zufall Dr. Endrich berufen.

Stuttgart, 19. Juli. (Bevollmächtigten im Finanzministerium.) Der Finanzminister des Reichs betr. das Finanzministerium. Auf Wunsch des Reichsfinanzministers Reichsminister (R.M.) wird die Beratung zu Beginn der nächsten Woche vor sich gehen. Sodann werden die neuen Steuererlässe der Staatsbeamten sowie der Ruhegehaltsempfänger mit Wirkung vom 1. Juli 1923 an genehmigt, entsprechend dem Vorgehen im Reich. Ab dann wurde die 7. Änderung des Besoldungsgegesetzes für Württemberg beraten. Es handelt sich dabei um die Angleichung des württembergischen Besoldungsgegesetzes an die neuen Bestimmungen des Reichs. Die Regierungsvorlage wurde unverändert angenommen. Ab dann wurde auf Grund einer Mitteilung der Regierung die Planübersicht für 1922 und 1923 genehmigt. Es handelt sich um Forderungen für die Polizei. Dabei knüpfte sich an eine Bemerkung eines Mitgliedes der Sozialdemokratie eine längere Aussprache an über die Frage der Regierung zur Überwachung von Verhandlungen auch gewerkschaftlicher Art. Von der Regierung wurde durch Minister Holz geltend gemacht, daß zwar grundsätzlich eine Überwachung rein gewerkschaftlicher Verhandlungen nicht statifunde, daß aber in Ausnahmefällen anders zu verfahren sei. Es handelt sich eben darum, die Sicherheit des Staates jederzeit festzustellen.

Zum Beamtenbesoldungsgegesetz. Das Staatsministerium hat eine zweite Änderung seiner Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgegesetz verfügt. Gehältern der Gemeindegerichte. Durch eine Verfügung des Staatsministeriums werden die von den Gemeindegerichten für die Erledigung eines Rechtsstreits durch Entscheidung zu erhebenden Gebühren festgesetzt bei einem Streitwert bis zu 3000 M. auf 200 Mark, bei einem Streitwert von 3000—6000 M. auf 400 M., bei 6000—10.000 M. auf 700 M., bei 10.000—20.000 M. auf 1200 M. und bei 20.000 bis 30.000 M. auf 1800 M.; ferner für die Erlassung von Rechtsbefehlen auf ein Hundert hiesiger G.

Todesfall. Der Direktor der Stadt Sporthalle, Gustav Keller, der seit 1879 im Dienst der Stadt war, ist gestorben.

In 20 Kellern eingebrochen. Ein Kellerwärtner wurde kürzlich in der Perion des 25. Jahres alten, in Stuttgart mit Stadterwerb belegten, ledigen Schmieds Gottlieb Mayer von Weisingen, O.A. Urach, festgenommen. Mayer hat in wenigen Wochen über 20 Kellern eingebrochen und in der Hauptstadt Eier entwendet.

Buch, 19. Juli. (Abgefahrter.) Friedrich Hülsin, Veteran von 1870/71 ist vor etwa acht Tagen vom Kirchenbaum beim Kirchensplatz abgestürzt. Den hierbei erlittenen Verletzungen ist er nach Verlauf weniger Tage erlegen.

Verhaftung, 19. Juli. (Rotlandung eines französischen Fliegers.) Auf dem Weiler Seebohn wurde ein französischer Zivilflieger infolge Motorschadens notlanden. Das Flugzeug gehört der Luftwaffenkompanie Franco-Romane. Der Pilot und ein Passagier wurden von der Ortspolizeibehörde zunächst in Schutzhaft genommen, konnten aber nach Prüfung ihrer Papiere wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Der Apparat selbst wurde behördlichseits beschlagnahmt.

Weinberg, 19. Juli. (Zuckerziehungen.) Wegen Zuckerziehungen wurden dieser Tage Fabrikant Lorenz und Oberlehrer Lupp von der Weinbauschule verhaftet. Wie das „Redar-Echo“ erfährt, ist auch Stadtschultheiß Streble in der gleichen Angelegenheit verhaftet worden. Es soll sich um nicht geringe Zuckermengen handeln, die der Weinbauschule zur Verteilung übergeben wurden.

Grundsteinlegung zum Gedächtnishaus des Wärtl. Schwarzwalddistrictsvereins.

Als erhabend schöne Feier voll vaterländischen Geistes gestaltete sich die in herrlicher Sommerkernnacht des 15. Juli vollzogene Grundsteinweihe des Gedächtnishauses des Wärtl. Schwarzwalddistrictsvereins zu Ehren seiner im Weltkrieg gefallenen Mitglieder. Auf der Höhe des 880 Meter über dem Meer gelegenen Mooswaldkopfes bei Hailerbach-Schramberg, wo unter Ausban der bekannten Fahrendahlturnmhütte das Ehrenmal entstehen soll, hatte sich eine wohl 8000 Köpfige Volksmenge versammelt. Schultheiß Striegel, Lauterbach übergab in einer feierlichen Ansprache die Turnmhütte als Vermächtnis dem Hauptverein mit der Bitte, sie seiner Bestimmung zuzuführen. Der 2. Vorsitzende des Schwarberger Bezirksvereins, Oberamtsgeometer Einkenell, begrüßte die Versammelten. Prof. Dr. Endrich-Stuttgart gab einen Überblick über die Geschichte der Fahrendahlturnmhütte und mahnte, das neue Gedächtnis mal eine Warte sein zu lassen für alle Vaterlandsgenante, gleichwie bei den G-fallenenen möge der deutsche Vaterlandsgedanke gepflegt und hochgehalten werden. Beträufigt wurden diese Gedanken durch den Vortrag eines Vaterlandsliebes (Volksged.) das die Schwarberger „Lya“ begeistert in die Stille der Nacht hinaus sandte. Es folgte der Hauptakt der Feier, die Grundsteinweihe. Der Vorstand des Bezirksvereins Lauterbach, Oberlehrer Reitermaier, übergab in poetischen Worten die Turnmhütte dem Hauptverein. Hierauf dankte Prof. Dr. Endrich und vollführte den ersten Hammerschlag mit einem tiefregenden Welschspruch, der in den Schwur ausklang: Einig, recht, frei und von dem mit Hüllerschiffen eingeleiteten gemeinsamen Gesang des Deutschlandlieds gekrönt war. Es folgten weitere Ansprachen deren Leitmotiv Heimat und Vaterlandsliebe, Ehre und Tene usw. waren. Die ersten Weisen des Niederländischen Dankgedekts bildeten den Höhepunkt der Feier. Die Grundsteinlegung wird allen Beteiligten in schärfster Erinnerung bleiben.

Des Deutschen Turnfestes Ende.

München, 19. Juli. Das 13. deutsche Turnfest nahm am Mittwoch seinen Schluß. Abends 6 Uhr marschierten die Turner auf den Königsplatz. Auf den Zinnen der Glyptothek standen die Fanfarenbläser, auf der Freitreppe, Massendee, davor das Publikum. Die gegenüber liegende Freitreppe des Kunstausstellungsbalastes war für den Festausmarsch und die Sieger gehalten. Die Empore füllten etwa 50—70 Fahnen. Die Siegeszeichen, Ehrenkränze mit weiß-roten Schleifen, wurden geschultert auf Fahnenstangen herbeigebracht. Die die Massendee setzten ein und sangen Lohners Frühlinglied „An das Vaterland“.

Oberturnwart Kunath trat vor auf das Rednerbühne, zu dessen rechter und linker Seite zwei Kleinfahnenbäume aus Gold prangten. Er verkündete die bis jetzt aus den Errechnungen bekannt gewordenen Sieger. Der Vorsitzende der deutschen Turnerschaft Dr. Berger drückte jedem der Genannten einen Ehrenkranz aufs Haupt. Unter den Siegern waren zu meist solche, die bereits aus den Kämpfen bekannt sind. Ein wunderbares Bild zeigte sich dann, als sämtliche Sieger des 13. deutschen Turnfestes, mit dem Ehrenkranz geschmückt, vor ihre Fahnen traten. Dr. Berger führte im Schlußwort aus: „Ihr habt gesiegt, ihr habt für eure Fahnen und für eure Heimat Ehren errungen, aber auch ihr anderen, die ihr nicht gesiegt habt, habt doch moralisch gesiegt, weil ihr euch die Monate vorher für diesen freudlichen Wettkampf vorbereitet und euren Körper gefährt habt. Gesiegt haben überhaupt alle, die irgendwie an dem Feste beteiligt waren. Wir haben unaussprechliche Eindrücke in München gewonnen. Wir nehmen diese mit und werden sie in unserem ganzen Leben nicht mehr vergessen. Was uns München geboten hat, kam aus dem Herzen und ging darum auch nicht nur zu dem Herzen der deutschen Turner, sondern wird darin haften bleiben, solange noch das Herz einen Pulsschlag tut. Ich fordere euch auf, jetzt in Dankesworten der Münchener Tage zu gedenken und dann zurückzuführen in eure Heimat an die Arbeit. Alles, was uns in diesem Augenblick besetzt, wollen wir zusammenfassen in dem Ruf: Unserer deutschen Zukunft, unserer deutschen Solke Gut Heil, Gut Heil, Gut Heil!“

Mit dem Niederländischen Dankgeber, den Schmeicheldruden des ganzen deutschen Volkes, klang das 13. deutsche Turnfest aus.

Die Turner marschierten dann auf die Theresienwiese, wo bei strömendem Regen ein prachtvolles Feuerwerk abgebrannt wurde, und als am Schluß die Bavaria und Ruhmeshalle in dem Zeichen der deutschen Turnerschaft gleichzeitig in vier Farben erschien, da sangen die Massen Deutschland, Deutschland über alles.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Lohnverhandlungen in der Berliner Metallindustrie. In der Berliner Metallindustrie wurde ein neuer Spinnenlohn von 17000 M. pro Stunde vereinbart.

Der verbotene Katholikentag. Der Vorsitzende des Lokalkomitees der 63. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Köln gibt bekannt, daß laut einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes die Interalliierte Rheinlandkommission die Abhaltung des Katholikentages verbieten werde. Infolgedessen sehe sich das Komitee genötigt, zu erklären, daß die Abhaltung des Katholikentages in Köln unmöglich gemacht sei.

Landesverräter Schlittgens verhaftet. Auf dem Erfurter Bahnhof ist der Landesverräter Schlittgens verhaftet worden, der vor einigen Wochen wichtige Schriftstücke an Frankreich verschafft hatte. Schlittgens war als Bearbeiter bei einer Erfurter Firma tätig und hatte feinerzeit die Liste mit Dokumenten aufgebroschen und einige Papiere daraus den Franzosen überliefert.

Witterungsbericht. Für Freitag ist bei unveränderter Luftdruckverteilung und Neigung zu vereinzelt Gewitterbildungen vorwiegend trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

**Es liegt in Ihrem
eigensten Interesse**

unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ zu lesen und sie für sich auf den Monat August sofort zu bestellen. Versäumen Sie diese Bestellung nicht, denn Sie können nicht ohne Zeitung sein!

Handel und Verkehr.

Die amtlichen Devisen für Freitag.

Die Notierungen sind in Berlin u. Frankfurt dieselben.

Dollarstand: 217455 G., 218545 Br.

Amsterdam	85386 G., 85814 Br.
Brüssel	10573 G., 10626 Br.
Christiania	35511 G., 35689 Br.
Kopenhagen	38304 G., 38496 Br.
Stockholm	57855 G., 58145 Br.
Italien	9336 G., 9383 Br.
London	997500 G., 1002500 Br.
Paris	12768 G., 12832 Br.
Schweiz	37905 G., 38095 Br.
Spanien	31122 G., 31278 Br.
Deutsch-Oesterreich	311,22 G., 312,78 Br.
Prag	6503 G., 6536 Br.
Buenos Aires	74812 G., 75187 Br.



Neue Zuckerspreise. Der Preis für Verbraucherszucker beim Bezug durch die Zuckersgesellschaft m. b. H. wurde wie folgt festgesetzt: H-Packung 2000 Mt., G-Packungen in Tabletten zu 100 Stück 3200 Mt., zu 500 Stück 6000 Mt., zu 500 Stück 140000 Mt.

Neue Preise für Monopoltrinkbraunwein. Vom 17. Juli ab betragen die Preise für Monopoltrinkbraunwein mit einem Weingeistgehalt von 35 Vol. % 35 000 Mt., 40 Vol. % 37 500 Mt., 45 Vol. % 40 000 Mt. je drei Bierstel Liter-Flasche.

Industrie- und Handelsbörse Stuttgart, 18. Juli. Die Preise der heutigen Börse wurden auf einer Dollarbasis von 220 000 (letzter Börse 160 000) wie folgt notiert: Baumwollegarn Nr. 20 engl. Troffel, Wary und Vincops 200 200-204 600 Mt., Nr. 30 222 200-226 600, Nr. 36 228 800-233 200 Mt., Nr. 42 Vincops 235 400-239 800 Mt.; Baumwollgewebe: 88 Btm. Cretonnes 29 150-29 700, 88 Btm. Renforces 25 300-25 800, 92 Btm. glatte Cattune oder Croises 23 100 bis 23 650 Mt. Nächste Börse am 1. August.

L.C. Stuttgart, 19. Juli. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag waren zugeführt: 54 Ochsen, 31 Bullen, 250 Jungbullen, 122 Jungrinder, 152 Kälber, 347 Kälber, 788 Schweine, 20 Schafe. Alles wurde verkauft. Verkauf des Marktes: mäßig belebt. Für 1 Jtr. Lebendgewicht wurden in Mt. Mt. erlöst: Ochsen erste Qualität 2,15-2,35, zweite 1,7-1,9, Bullen erste 1,8-2, zweite 1,5-1,7, Jungrinder erste 2,15 bis 2,35, zweite 1,7-1,9, dritte 1,3-1,55, Kälber erste 1,7-2, zweite 1,3-1,6, dritte 0,9-1, Kälber erste 3-3,2, zweite 2,9-2,9, dritte 2,2-2,6, Schweine erste 3,4-3,5, zweite 3,1-3,3, dritte 2,7-3.

Viehmärkte. Der Viehmarkt in Ellwangen war mit 45 Ochsen, 38 Stieren, 165 Kälbern und Kalbweib, 110 Stück Jungvieh und 45 Kälbern besetzt. Handel äußerst lebhaft bei sehr hohen Preisen, Markt rasch geräumt. Bezahlt wurden für 1 Paar Ochsen mit 31 Jtr. 80 Mt., 2480 Pf., 62 Mt., 2875 Pf., 65 Mt., 26 Jtr. 55 Mt., 2900 Pf., 70 Mt., 1 Stier mit 11 Jtr. 30 Mt., mit 9 Jtr. 9,5 Mt., eine Kuh mit 10 Jtr. 28,5 Mt., mit 1120 Pf., 27 Mt., eine Kalbin mit 1046 Pf., 26,5 Mt., Kälber in Milch erlösten 30-35 Mt. - Dem Viehmarkt in Tübingen waren zugeführt 3 Ferkel, 28 Ochsen, 54 Kälber, 40 Kalbinnen und Rinder, 66 Stück Jungvieh, 58 Kälber, 1 Käufer und 423 Milchschweine. Verkauf: 13 Ochsen, Preis für ein Stück in Millionen: 15-25, 29 Kälber um 15-30, 15 Kalbinnen und Rinder um 15-30, 26 Stück Jungvieh um 6-18, 32 Kälber um 5-10, 1 Käufer um 1,4, 410 Milchschweine um 0,8 Mt. Wegen der hohen Preise war der Handel schleppend. - Die Zufuhr zum Ludwigsburger Schweinemarkt betrug 3 Käufer- und 85 Milchschweine. Verkauf 1 Käufer- und 85 Milchschweine zu 0,75-1,5 Mt. Mt. das Stück. Zufuhr schwach. Verkauf langsam.

Letzte Nachrichten.

Die Schwierigkeiten in der Devisendeckung.

Großbanken und Reichsbank.

WTB. Berlin, 19. Juli. Wie verlautet, haben die Großbanken den Betrag der bei der heutigen Festsetzung der Devisenlaste auf sie entfallenden Zuteilungsquote von 1/2 % der Reichsbank wieder zur Verfügung gestellt wegen der Schwierigkeiten, die eine Umlegung dieser Summe auf die einzelnen Auftraggeber machen würde.

WTB. Berlin, 19. Juli. Vor Festsetzung der Devisenpreise erklärte der Vertreter der Reichsbank, daß heute des Gesamtbetrags der vorliegenden Kaufaufträge ungefähr 30 Milliarden Mark betrage. Er stellte den Auftraggebern anheim, eine bedeutende Ermäßigung dieser Beträge vorzunehmen, erreichte aber nur die Absehung ganz belangloser Beträge. Er führte dabei u. a. vor Augen, daß bei einer vollen Zuteilung die Käufer gar nicht in der Lage wären, den Gegenwert zu bezahlen und teilte mit, daß bei einem Anbauern solch starker Kaufordres die Diskontierung von Wechseln seitens der Reichsbank eingestellt werden würde, damit sie indirekt nicht selbst die Verluste aufzubringen habe. Auch die Darlehenskassen würden zu diesem Zweck die Darlehensgewährung einstellen bzw. einschränken.

Eine Sitzung des Reichsbankdirektoriums.

WTB. Berlin, 20. Juli. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ findet heute eine Sitzung des Reichsbankdirektoriums mit Vertretern der Banken statt, die sich mit dem Verlauf der gestrigen Devisenfestsetzungen an der Berliner Börse beschäftigen wird und in der auch über die Frage einer eventuellen Einstellung der Wechseldiskontierung durch die Reichsbank beraten werden soll.

Aus dem besetzten Gebiet.

WTB. Paris, 19. Juli. Dasas berichtet aus Düsseldorf: An der Grenze des besetzten Gebietes bei dem Posten Bohwinkel ist gestern ein Schutzpolizist aus Eberfeld erschossen, um die Mission zurückzugeben, die kürzlich bei den von den Deutschen eingeführten Franz. Soldaten beschlagnahmt worden ist. Dieser letztere Zwischenfall, der die Veranlassung zu dem franz. Handreich gegen Barmer gewesen ist, wird jetzt als erledigt betrachtet und die beiden von den franz. Truppen in Barmer festgenommenen Offiziere der Schutzpolizei sind wieder in Freiheit gesetzt worden.

WTB. Köln, 19. Juli. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Mülheim a/Ruhr: Der kaufmännische Direktor der Thyssenwerke, Horst, wurde von den Franzosen verhaftet und nach Breidenz gebracht. Als Grund der Verhaftung wird das Vorhandensein einer Aufnahmestelle für Funkentelegramme innerhalb der Thyssenwerke angegeben.

WTB. Mülheim a/Ruhr, 19. Juli. Dies wurde bei 18-jähriger Arbeiter-Ruhe von belg. Posten erschossen.

WTB. Düsseldorf, 19. Juli. Gestern vormittag besichtigte die 7. Infanterie die Lokomotivwerkstätte der Firma Rheinwerk und führte eine Anzahl Lokomotoren und Waggons fort. Heute mittag wurde die Werkstätte wieder freigegeben.

Die Derräter.

WTB. Berlin, 19. Juli. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, wird gegen alle diejenigen Magistratsbeamten des besetzten Gebietes, die im Verdacht stehen, mit den französischen und belgischen Behörden zusammengearbeitet zu haben, eine Disziplin-untersuchung eingeleitet werden. Sobald von den einzelnen Fällen der Tatbestand geklärt ist, werden die Namen derjenigen, die tatsächlich mit den Eindringlingen Hand in Hand gearbeitet haben, veröffentlicht werden.

Die Durchführung werbefähiger Böhe.

WTB. Berlin, 20. Juli. Gestern Nachmittag trat, den Vätern zufolge, im Reichsfinanzministerium der von den Gewerkschaften gebildete Ausschuss mit den Regierungskommissionären zu einer Sitzung zusammen, um über die Frage der Durchführung der werbefähigen Böhe bei den Reichs- und Staatsarbeitern, den Beamten und Angestellten des Reichs und der Länder zu beraten. Von einer automatischen Anpassung der Bezüge an die Selbstentwertung hat man Abstand genommen, dagegen sollen bei der jeweiligen neuen Einkommensfestsetzung der Jaber und die gesamte wirtschaftliche und politische Lage berücksichtigt werden. Diese Festsetzung soll alle acht Tage und zwar am Donnerstag jeder Woche vorgenommen werden.

Der Kraftwagen Ehrhardt ermittelt.

WTB. Berlin, 19. Juli. Nach einer Meldung des „8 Uhr-Abendblattes“ aus Leipzig wurde, einem Bericht der dortigen Polizeidirektion zufolge, der Kraftwagen, der den emstlichen Kapitänleutnant Ehrhardt zur Flucht diente, in einer Garage in München ermittelt und beschlagnahmt. Der Führer des Wagens, ist der aus Essen stammende Jagener Reich T. v. J., der in München als Untermieter wohnt. Jenes ist ebenfalls festgenommen.

Für die Schlichtung verantwortlich: Ludwig Kaufmann
Druck am 1. der in. hiesigen Nachrichtenblätter

Stärkt die Abwehrfront an Ruhr und Rhein!

Weitere Spenden für die Nothilfe nehmen die bekannten Sammelstellen, sowie die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ entgegen.

Hochdorf.
Das Sammeln von Beeren
in den hiesigen Gemeinde- und Privatwäldern ist für **Andwärtige**
bei Strafe verboten.
Den 10. Juli 1923.
Gemeinderat.

Maul- und Klauenfenchel
kann verlädet werden durch Desinfektion mit **Karbidkalk**,
bestes Stalldesinfektionsmittel. Auch als Dünger verwendbar.
Ja haben bei
E. Joseph
Hauptstr. 11
Waldhof Oberamt Nagold.

Pergament-Papier
zu Einmachzwecken
empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchhandlung
Altensteig.

Nagold.
Löwen-Lichtspiele
Samstag Abend 8.15 Uhr
Sonntag 2.30, 4.30 u. 8.15 Uhr
Die schleichende Senche
Sensations-Drama
in 5 großen Akten.
Aufspiel zum Nachen:
Die Verlobung mit Hindernissen
in 3 Akten.

Die Hausfrauen finden für die Einmachzeit stets eine reiche Auswahl in
Eindunst-Bläsern, Eindunst-Apparaten
und
Einmach-Geschirren
aller Art
zu billigsten Preisen bei
Fritz Bühler jr.
Altensteig.

Aluminium-Küchengeschirre
sind reinlich, leicht, sehr schnell erwärmt und haben unbegrenzte Dauerhaftigkeit. Sie sind deshalb die billigsten im Gebrauch.
Gutsortiertes Lager bei mäßigen Preisen bei
LORENZ LUZ jr., ALTENSTEIG. - TEL. 46.
Einen jungen, ausgetropften
Damhirsch,
einen Regulateur
wie neu,
eine Benzinpumpe,
1 Bocktreppenleiter
n. neue Simrithörbe
hat zu verkaufen
Karl Schäfer
Epienberg.

KOSMOS
Gesellschaft der Naturfreunde
bietet für jedermann einen
billigen und guten
Lesestoff
Belehrend - Unterhaltend
Jedes Mitglied erhält
jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und
vier gute Bücher erster Schriftsteller,
außerdem
Preisvergünstigungen
beim Bezug aller Kosmos-
Veröffentlichungen
Anmeldung durch jede Buchhandlung oder
bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart.
Prospekt kostenlos

Inserate haben besten Erfolg!

